

Protokoll

Gremium: Schulausschuss

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 18.11.2021
Beginn: 15:00 Uhr
Ende 16:18 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hermann Nee

Mitglieder

Frau Lina Bischoff

Frau Maria Bruns

Herr Benjamin Dau

Herr Alexander Essen von

Frau Evelyn Fisbeck

Frau Merle Heßler

Herr Axel Hohnholz

Frau Susanne Lamers

Herr Frank Lukoschus

Frau Susanne Miks

Frau Birgit Rowold

ab 16:10 Uhr

Frau Irmgard Stolle

Frau Ute Treber

Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker

Frau Kreisamtsrätin Regine Miotk

Protokollführerin

Frau Claudia Hobbiebrunken

hinzugewählte Mitglieder

Frau Wilma Eberlei, Schulleiterin BBS Ammerland

Frau Claudia Janßen-Menkhaus, Vertreterin der Arbeitnehmerorganisation

Herr Johannes Robke, Vertreter der Lehrerschaft

Abwesend:

hinzugewählte Mitglieder

Frau Maybritt Kreikenbohm, Schülervertreterin

Frau Ines Rospino, Elternvertreterin

Herr Holger Ukena, Vertretung der Arbeitgeberorganisation

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 21.04.2021
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Schulausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot
Vorlage: MV/089/2021
- 7 Bericht der Schulleiterin der BBS Ammerland
- 8 Abwicklung der Kreisschulbaukasse
Vorlage: MV/091/2021
- 9 Ausbildungsplatzinitiative 2021
Vorlage: MV/092/2021
- 10 Umbaumaßnahmen im pädagogisch-therapeutischen Zentrum (PTZ) Borchersweg
Vorlage: BV/141/2021
- 11 Schulentwicklungsplanung Astrid-Lindgren-Schule Edewecht
Vorlage: MV/093/2021
- 12 Schulentwicklung BBS Ammerland - Raumbedarf Trakt 8
Vorlage: MV/103/2021
- 13 Haushaltsplanung 2022; Darstellung der wesentlichen Produkte
Vorlage: MV/094/2021
- 14 BBS Ammerland - Haushalt 2022
Vorlage: BV/143/2021
- 15 Sonstiges Schulwesen - Haushalt 2022
Vorlage: BV/142/2021
- 16 Mitteilungen der Landrätin
- 17 Anfragen und Hinweise
- 18 Einwohnerfragestunde
- 19 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Nee eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Schulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Nee stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 21.04.2021

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Schulausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot Vorlage: MV/089/2021

LR'in Harms verpflichtet das neugewählte beratende Mitglied des Schulausschusses Frau Claudia Janßen-Menkhaus auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot.

Zu TOP 7 Bericht der Schulleiterin der BBS Ammerland

Frau Eberlei berichtet über die BBS Ammerland und stellt diese nachfolgend für die neuen Mitglieder des Schulausschusses im Überblick vor. Die BBS sei eine ländliche Bündelschule mit einem breiten Angebot an Bildungsgängen angefangen beim kaufmännischen Bereich bis hin zu gewerblich-technischen Berufen, von Angeboten der Berufsvorbereitung bis hin zu einem gymnasialen und Fachschulangebot. Die Schule sei eine sehr erfolgreiche Schule, was sich seit 10 Jahren an den stetig wachsenden Schülerzahlen zeige. Im Vergleich zum Vorjahr habe es wieder einen Anstieg der Schülerzahlen, allerdings einen Rückgang der Anzahl der gebildeten Klassen von 185 zu aktuell 182 Klassen gegeben. Dies habe mit Veränderungen in

der Bildungslandschaft weg von Vollzeitangeboten hin zu dualen Ausbildungsberufen zu tun. Dieser Trend habe auch in diesem Jahr angehalten, so sei die Berufsfachschule Hauswirtschaft auf Grund der niedrigen Anmeldezahlen gar nicht erst eröffnet und die Berufsfachschule Metalltechnik mit 6 Anmeldungen zum Schuljahresbeginn aufgelöst worden. Die betroffenen Schüler seien durch Beratung in andere Berufszweige gewechselt. Ferner sei die Fachoberschule Technik nur mit dem Schwerpunkt Informatik eröffnet worden. Für alle anderen Schwerpunkte lagen ebenfalls zu wenige Anmeldungen vor. Es sei ein deutlicher Trend zu einer Veränderung des Zuspruchs für bestimmte Berufszweige erkennbar. So kämpften die hauswirtschaftlichen Angebote ums Überleben während der gesamte Bausektor boome. Herr Robke unterfüttert diese Aussage mit Zahlen. Er berichtet, dass im Bereich Bautechnik im Vorjahr 1082 Schüler unterrichtet worden seien und aktuell die Schülerzahl auf 1171 gestiegen sei. Im Rückblick zum Schuljahr 2014/2015 mit 611 Schülern könne man bis heute eine Verdoppelung der Schülerzahlen in dieser Branche feststellen. Frau Eberlei teilt mit, dass in dem Bereich vermutlich immer noch nicht das Ende des Wachstums erreicht sei, da weiterhin Auszubildende gesucht würden und die Baubranche ein Zukunftssektor sei. Gute Anmeldezahlen lägen auch für die Klassen der Sozialpädagogik vor. Hier sei man nach Einführung der Fachschule vor drei Jahren gut aufgestellt, allerdings auf stagnierendem Niveau hinsichtlich der Schülerzahlen. In Bezug auf die Pflegeausbildung teilt Frau Eberlei mit, dass man erfolgreich die Umstellung auf die generalistische Pflegeausbildung umgesetzt habe und dass es stabil bei einer Klasse von Auszubildenden geblieben sei. In dem Zusammenhang lobt Frau Eberlei die gute Zusammenarbeit mit dem Ausbildungszentrum der Ammerland-Klink. Sie äußert sich jedoch kritisch hinsichtlich der Zukunft des Altenpflegebereichs. Sie hält die Vereinheitlichung der ehemaligen Berufe Kranken- und Altenpfleger/-in zum Beruf der Pflegefachkraft für schwierig, weil die herkömmliche Klientel der Altenpfleger/innen, die sich in der Regel eher aus ehemaligen Hauptschulabsolventen /-innen und Berufsrückkehrern /-innen zusammensetze in Konkurrenz zu den Absolventen /-innen der Realschulen und Gymnasien gerate, die meistens in die Krankenpflege gehen würden. Durch die Zusammenlegung der Berufe in die generalistische Pflege sei das Niveau hoch und viele Schüler hätten mit den Anforderungen, die erreicht werden müssten, Schwierigkeiten. Es bleibe abzuwarten, ob in Zukunft ausreichend Absolventen und Absolventinnen für die Altenpflege generiert werden könnten.

Zur Unterrichtsversorgung teilt Frau Eberlei mit, dass diese in den letzten Jahren permanent gestiegen sei und sie mitteilen könne, dass hier inzwischen fast mit Volllast gefahren werde. Diese Entwicklung sei sehr positiv. Volllast bedeute im berufsbildenden Bereich eine Versorgung von ca. 93%, da die 9. Unterrichtsstunde in der dualen Ausbildung nicht gegeben werde und der Blockunterricht der Blockklassen aufgrund von fehlenden Lehrer- und Raumkapazitäten und aus betrieblichen Gründen etwas verkürzt sei. Dennoch sei das derzeitige Niveau auch hinsichtlich der Lehrerversorgung sehr zufriedenstellend. Man habe in den letzten Jahren durch Stellenzuweisungen und Sondereinstellungsermächtigungen die Chance erhalten, auch selten auf dem Markt zu findende, meist gewerblich-technische Lehrer einstellen zu können, die an anderen Schulen Mangelware seien. Andere Schulen hätten zwar viele Einstellungsermächtigungen, könnten die benötigten Lehrkräfte aber nicht finden, da es nicht genügend Absolventen gäbe. Sogar in den absoluten Mangelbereichen Fahrzeugtechnik und in Bautechnik sei man mit Lehrkräften gut ausgestattet. Im Bereich Bautechnik habe man aktuell 2 neue Referendare, so dass man, sofern

diese an der Schule verblieben, auch Ausfälle von Lehrkräften wie z.B. durch Krankheit, Schwangerschaft, Erziehungszeiten, gut auffangen könne.

In Bezug auf Corona teilt Frau Eberlei mit, dass die Schule ihrer Meinung nach gut durch diese schwierige Zeit gekommen sei. Durch den Digitalisierungspakt habe man technisch gut für den Distanzunterricht aufrüsten können. Viele Klassen seien zwischenzeitlich mit digitalen Tafeln ausgestattet worden, Schülerlaptops sowie Lehrerlaptops zur Ausleihe hätten angeschafft werden können. Derzeit gebe es eine Fortbildungsreihe zum Thema Digitalisierungstools und Unterricht mit dem gesamten Kollegium. Dennoch bleibe festzuhalten, dass der digitale Unterricht nicht das Lernen in Präsenz ersetze. Aktuell sei bei vielen Schüler /-innen gerade in dem Fach Deutsch, ein erhebliches Defizit feststellbar. Dies trete vermehrt auf und könne sich zu einem Problem entwickeln. Man wolle versuchen, vermehrt Deutschstunden anzubieten um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Das sei im jetzigen Schuljahr zu zusätzlich vom Land bereitgestellte Gelder des Programms „Startklar nach Corona“ finanziell machbar, es fehlten aber noch geeignete Lehrkräfte. Hierfür erarbeite man aber im nächsten Halbjahr ein Konzept um den Bedarf zu decken.

Zum Digitalpakt Schule gibt Frau Eberlei zu bedenken, dass die bereitgestellten Mittel der Schule zwar einmalig finanziell sehr geholfen hätten, dass es aber keine Konzepte gäbe, wie die Bedarfe der nächsten Jahre gedeckt werden könnten (Beispiel: Lehrer-PCs für alle Kollegen /-innen – aber Neueinstellungen seien außen vor). Ebenfalls seien Fragen nach Folgekosten (Wartung von Geräten – Ersatz) nicht beantwortet.

Erfreulich sei, dass die BBS inzwischen zur zweitgrößten Berufsbildenden Schule in Niedersachsen herangewachsen sei. Man habe in Bezug auf die Lehrersollstunden Rang 2 nach Meppen erreicht. Außerdem sei die BBS Ammerland nicht nur groß, sondern auch gut. Das zeige sich an diversen Preisen, die in diesem Jahr gewonnen wurden. So hätten Schüler /innen am Projekt „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ der Bundeszentrale für politische Bildung teilgenommen und ein Preisgeld in Höhe von 1.000 € gewonnen und ein Kollege aus der Metalltechnik habe mit Schülern an dem Projekt „Weichensteller“ teilgenommen und sogar ein Preisgeld in Höhe von 3.000 € gewonnen. Ferner habe eine Kollegin eine Ehrung vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge erhalten, da sie bereits seit mehreren Jahren mit Schüler /innen der BBS den jährlichen Festakt des Volksbundes im Alten Landtag in Oldenburg mitgestalte. Ferner sei man aktuell für das Modellprojekt „Zukunftsschule“ vom Land Niedersachsen ausgewählt worden. Dieses Projekt werde wissenschaftlich begleitet und man wolle versuchen, ein Konzept aus den vielen großen und kleinen Nachhaltigkeitsprojekten der Schule zu erarbeiten. In Bezug auf das Kollegium der BBS teilt Frau Eberlei mit, dass es sie freue, dass dies aus jungen und sehr motivierten Kollegen /innen bestehe und die Stimmung innerhalb der Lehrerschaft gut sei. Auch werde von dem Kollegium eine gute Arbeit verrichtet.

KA Bruns bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Sie fragt nach, ob auch Fachkräfte für den Bereich der Kindergärten an der BBS ausgebildet werden. Ihr sei berichtet worden, dass hierfür nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen würden und auch der Quereinstieg möglich gemacht werden müsse. Der Bedarf an Personen für die Kindergärten sei groß.

Frau Eberlei teilt mit, dass der Beruf der Erzieherin/des Erziehers an der BBS zurzeit mit 2 Klassen vertreten sei. Man wisse um den höheren Bedarf an Erzieherinnen, aber für die Eröffnung einer neuen Klasse seien 22 Anmeldungen notwendig, welche schwer zu erreichen seien. Sie denke, dass dies für eine zentraler gelegene Schule wie Oldenburg sicherlich eher in Betracht käme.

KA Bruns teilt mit, dass man diesen Beruf und die Möglichkeit des Quereinstiegs effizienter bewerben müsse, um ihn bekannter und attraktiver zu machen, z.B. für Tagesmütter, aber auch für das männliche Geschlecht. Es entstehen immer neue Kindergärten in den Gemeinden und hierfür werde Personal benötigt.

Frau Eberlei führt aus, dass sie dies gerne noch einmal mit aufnehme, verweist aber nochmals auf die benötigten Anmeldezahlen. Ferner teilt sie mit, dass durch nicht zustande gekommene Klassen in diesem Schuljahr das Budget so gut wie ausgeschöpft sei und man sich defizitäre Angebote nicht leisten könne. Durch die Verringerung der Klassen auf insgesamt 182 in diesem Schuljahr seien teilweise 30-32 Schüler in einer Klasse. Dies sei auch mit Blick auf Corona keine gute Situation.

KA Lukoschus bedankt sich für die Ausführungen. Dem Ausschuss und auch den Schülern sei bewusst, dass eine gute Arbeit geleistet werde. Nach dem neuen Kita-Gesetz sei es jetzt so, dass der Einsatz von Sozialassistenten kaum noch erlaubt sei. Durch den Fachkräftemangel im Bereich der ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern bestehe ein Besetzungsproblem, was sicherlich auch an der teuren Ausbildung liege. Hierzu fragt er, ob es seitens der Schulen und evtl. auch der Kommunen Überlegungen gebe, eine duale Ausbildung auf den Weg zu bringen, um diese auch für Einkommensschwächere zu ermöglichen und ob hierüber bereits mit Einrichtungen gesprochen worden sei.

Frau Eberlei merkt an, dass man nicht einfach eine duale Ausbildung anbieten könne, da dies dann eine eigene Berufsausbildung sei. Um so etwas auf den Weg zu bringen, müsse ein Modellprojekt beim Ministerium eingereicht werden, was in der Vorbereitung, Durchführung und Evaluation mehrere Jahre dauern würde.

KA Lukoschus teilt mit, dass er dies durchaus verstehe. Er fragt nach, ob es für die Zukunft eine Option sei, dass sich die Kommunen mit den Bildungseinrichtungen beraten, um dies auf den Weg zu bringen. Ihm sei bewusst, dass man hier über einen Zeitraum von mehreren Jahren spreche.

Frau Eberlei teilt mit, dass die Ausbildung der Erzieher /-innen im Prinzip bereits dual sei. 3 Tage in der Woche seien die Auszubildenden in den Einrichtungen und 2 Tage in der BBS. Indem die Gemeinden z.B. ein Gehalt zahlen würden, steige auch die Attraktivität für diesen Beruf. Bei der Pflegefachkraft sei z.B. durch die Einführung des Pflegefonds die monatliche Verfügung auf über 1.000 € gestiegen. Dies habe allerdings auch zur Folge, dass schwächere Schüler /-innen auf gar keinen Fall die Ausbildung abbrechen würden, obwohl der erfolgreiche Abschluss fraglich sei. Nach Meinung von Frau Eberlei sei das Geld nur bedingt des geringen Ausbildungswunsches, sondern es fehle schlicht an jungen Leuten.

LR Harms teilt mit, dass sie aus ihrer zuvor ausgeübten Berufstätigkeit wisse, dass sich die Erzieherausbildung im Umbruch befinde. Es sei bekannt, dass diese Ausbil-

derung mit Blick auf die Finanzierung und der langen Ausbildungsdauer von 4 Jahren unattraktiv sei. Hierzu gebe es zurzeit sehr viele politische Initiativen, um dies zu reformieren. Diese Entwicklungen seien abzuwarten. Zurzeit sei es für die Jugendlichen und auch für Quereinsteiger wenig attraktiv, diesen Beruf zu erlernen. Die Politik sei dringend gefordert.

KA Miks teilt mit, dass sie selbst Sozial-Pädagogische Assistenten und staatlich anerkannte Erzieher /-innen ausbilde. Sie habe gerade eine Auszubildende zur Erzieherin der BBS Oldenburg betreut, welche nur einen Tag pro Woche in der Einrichtung war und vier Tage pro Woche in der Schule. Es sei unheimlich schwierig bei einem Tag pro Woche, sie in den laufenden und wachsenden Kitaprozess einzugliedern und ferner kämen noch die Fehlzeiten durch die vielen Ferien hinzu. Die bei ihr aktuell in Ausbildung befindlichen Schülerin, habe ihr bereits mitgeteilt, dass sie in Zukunft nicht in einer Einrichtung tätig werden wolle. Es gebe für sie genug andere, wesentlich interessantere Arbeitsbereiche. Gleiches gelte für eine Auszubildende zur Sozialarbeiterin, welche eine Quereinsteigerin sei. Diese müsse in einem Jahr die Ausbildungsinhalte, welche sonst in zwei Jahren vermittelt werden, absolvieren. Auch sie habe ihr mitgeteilt, dass sie das Jahr zu Ende mache, aber dann ein Studium aufnehmen werde. Es würden also schon junge Leute ausgebildet, aber wenn diese abwandern, weil es woanders mehr Geld, mehr Wertschätzung, bessere Verträge etc. gebe, fehlten sie dann für die Kita's.

KA von Essen erläutert, dass der Gesetzgeber in der ersten Stufe für den Kita-Bereich Stufe die Möglichkeit der dualisierten Ausbildung mit Beginn zum 01.08.2022 beschlossen habe. In diesem Zusammenhang fragt er nach, inwieweit man sich hierauf vorbereitet habe und ob es hierzu mit den Kommunen Gespräche gegeben habe. Des Weiteren erkundigt er sich, wie es an der Schule im Bereich der Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen bestellt sei, auch mit Blick auf das Projekt „Startklar“ bei der BBS Ammerland.

Frau Eberlei teilt in Bezug auf die duale Ausbildung ab 2022 mit, dass sie dies zum ersten Mal höre. Sie sieht aber kein Problem darin, die Ausbildung in dualer Form anzubieten. Mit Ausnahme der der Klassenstärke würde sich für die BBS nicht viel ändern. Organisatorisch sei die Ausbildung bereits dual. Problematisch werde dies mit Blick auf das Budget, wenn beide Ausbildungsmodelle nebeneinander angeboten würden und die Bedingungen und Anforderungen unterschiedlich seien. Sie mutmaßte, dass man sich in der Politik auf ein System einigen werde.

Im Bereich der Schulsozialarbeit sei man mit einer Vollzeitkraft, einer 30-Std.-Kraft, einer 20-Std.-Kraft, einer Kraft im Anerkennungsjahr mit befristet 30.-Std. und einer neuen Kraft im Anerkennungsjahr sehr gut aufgestellt. Trotz dieser fünf pädagogischen Hilfskräfte sei der Tätigkeitsbereich der Betreuung der Schüler /innen sehr groß, besonders für die Vollzeitkraft, welche vorwiegend die Jugendlichen mit Migrationshintergrund betreue. Hier gebe es eine Vielzahl von Problemen, angefangen bei der Sprache bis hin zur Unterstützung in finanziellen Dingen. Ihr sei aber bewusst, dass andere Schulen dankbar für so ein gut funktionierendes Beratungszentrum und eine entsprechend gute personelle Ausstattung wären.

KA Stolle erkundigt sich nach den Defiziten im Fach Deutsch und auf welche Bildungsbereiche sich dieses beziehe. Sie fragt nach, ob mit den abgebenden Schulen/Oberschulen zu dieser Problematik noch Gespräche geführt werden.

Frau Eberlei teilt in Bezug auf die angedachte Förderung mit, dass sie aus eigener Erfahrung, mitteilen könne, dass eine Ursachenforschung grundsätzlich schwierig sei. Sie sei Leiterin der Region des Lernens in Papenburg gewesen und man habe einen sehr guten und engen Kontakt zu Allgemeinbildenden Schulen gepflegt. Wenn es allerdings darum ging, Inhalte und Anforderungen von Unterrichtsfächern abzugleichen, waren die Gespräche schon damals sehr schwierig. Hier im Ammerland sei der Kontakt der Schulen untereinander zwar da, aber nicht so eng. Es stehe ihr auch nicht zu, z.B. an den Oberschulen Unterrichtsinhalte oder -durchführung in Frage zu stellen oder zu kritisieren. Vielleicht sei der Umstand der schlechten Deutschkenntnisse auch eher ein gesellschaftliches Problem. Der Unterrichtsinhalt sei nicht mehr der von früher und die Digitalisierung sei zwar schön, aber sie ersetze, wie bereits an anderer Stelle gesagt, nicht das Lernen der Schüler -/innen. Frau Eberlei teilt im Weiteren mit, dass Auffälligkeiten im Fach Deutsch übergreifend in allen Bildungsbereichen feststellbar seien, sicherlich aber in unterschiedlich starken Ausprägungen. Bei manchen Schüler -/innen frage man sich aber tatsächlich, wie die an den allgemein bildenden Schulen erworbenen Abschlüsse zustande gekommen seien. Sie habe aktuell z.B. einen Schüler, der aus einem anderen Bundesland zugezogen sei und der ein Zeugnis mit einem Hauptschulabschluss vorgelegt habe. Er spreche nur gebrochen Deutsch und könne fast nicht lesen und schreiben.

Frau Janßen-Menkhaus, die den Schüler aus ihrer Klasse kennt, ergänzt, dass auch die mathematischen Grundkenntnisse fehlen.

Vorsitzender Nee bedankt sich für den ausführlichen und praxisbezogenen Bericht und für die Beantwortung der zahlreichen Fragen.

Zu TOP 8 Abwicklung der Kreisschulbaukasse
Vorlage: MV/091/2021

KAR Miotk trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 9 Ausbildungsplatzinitiative 2021
Vorlage: MV/092/2021

KAR Miotk trägt den Sachverhalt vor und verweist auf den anliegenden Bericht der KVHS. Sie führt aus, dass bis zum Jahr 2019 die Betreuung der Ausbildungsplatzinitiative zum Aufgabenbereich des Schul- und Kulturamtes gehört habe. Seit dem 01.01.2020 habe die Kreisvolkshochschule diese Aufgabe übernommen und betreue die Schülerinnen und Schüler während der Übergangsphase von der Schule in das Berufsleben. Hierzu werde regelmäßig der anliegende Abschlussbericht erstellt. Es werde gute Arbeit geleistet, die durch die Corona-Pandemie erschwert werde. Während des Lockdowns hätten Beratungsgespräche nur online durchgeführt werden können. KAR Miotk verweist auf die Tabelle auf S. 16 der Vorlage. Hieraus sei er-

sichtlich, dass viele Schülerinnen und Schüler noch keinen Berufswunsch hätten. Dies mache deutlich, wie wichtig diese Ausbildungsplatzinitiative sei, um den Schülerinnen und Schülern beratend zur Seite zu stehen. Für das Folgejahr werde man das Projekt fortführen, aber für die Erhebung des Berichts eine Befragung erst ab Klasse 10 sowie der Klassen der BBS durchführen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 10 Umbaumaßnahmen im pädagogisch-therapeutischen Zentrum (PTZ) Borchersweg
Vorlage: BV/141/2021**

KAR Miotk trägt den Sachverhalt vor und erläutert kurz die notwendigen Baumaßnahmen.

KA Lamers fragt nach, wie viele Schüler des Landkreises Ammerland diese Schule besuchen und ob es bei der Kostenverteilung nach Anzahl der Schüler gehe oder ob es eine Pauschale gebe.

KAR Miotk sagt eine Beantwortung im Protokoll zu.

(Antwort:

Aktuell besuchen 27 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Ammerland das Pädagogisch-Therapeutische Zentrum Borchersweg in Oldenburg. Die Kostenaufteilung erfolgt nach prozentuellen Anteilen. Es werden 35 % der Kosten nach Schülerzahlen auf die beteiligten Landkreis Oldenburg, Wesermarsch, Ammerland und den Städten Oldenburg und Ammerland umgelegt. Die restlichen 65 % verteilen sich jeweils nach Einwohnerzahlen auf die beteiligten Kommunen. Sollten Gebäudeteile auch vom Diakonischen Werk Oldenburg genutzt werden, erfolgt von dort eine Beteiligung in Höhe von 50 % der ermittelten Kosten.).

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen.

Der Landkreis Ammerland beteiligt sich an den Baumaßnahmen beim Pädagogisch-Therapeutischen Zentrum Borchersweg. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 13.000 € sind im Haushalt 2022 einzuplanen.

**Zu TOP 11 Schulentwicklungsplanung Astrid-Lindgren-Schule Edewecht
Vorlage: MV/093/2021**

Ltd. KVD Denker verweist zunächst auf die anliegende Vorlage und stellt die Schule in Eckpunkten vor. Die in den 70er Jahren in der Gemeinde Edewecht eingerichtete Förderschule werde in vertraglicher Trägerschaft durch die Gemeinde Edewecht betreut und begleitet. Die entstehenden Aufwände würden vom Landkreis zu 50% getragen werden und die weiteren 50% teilten sich die Gemeinden, welche dort Schüler/-innen beschulen lassen. In der Astrid-Lindgren-Schule sei es zu einem Schulleitungswechsel gekommen und die neue Schulleitung habe festgestellt, dass die Gebäude nicht mehr den pädagogischen Anforderungen, welche für eine Förderschule als

notwendig erachtet werden, entsprechen. Man habe sich über das Thema bereits in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten und in Einzelgesprächen mit der ehemaligen Bürgermeisterin der Gemeinde Edewecht und dem ehemaligen Landrat ausgetauscht. Die Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten habe beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich in näherer Betrachtung mit zwei Fragestellungen befassen solle. Zum einen sei es die von der Gemeinde Edewecht in Frage gestellte Schulträgerschaft, die nach der aktuellen vertraglichen Grundlage bei der Gemeinde Edewecht liege. Seitens der Gemeinde werde die Auffassung vertreten, dass die seinerzeit getroffenen vertraglichen Grundlagen keinen Übergang der Schulträgerschaft auf die Gemeinde Edewecht begründet hätten. Förderschulen gehörten gemäß den derzeitigen gesetzlichen Grundlagen in die Schulträgerschaft der Landkreise. Zu dieser Theorie habe man unterschiedliche Auffassungen, da der Landkreis die Zuständigkeit der Schulträgerschaft bei der Gemeinde Edewecht sehe. Man werde versuchen, eine Klärung unter Einbeziehung der Landesschulbehörde herbeizuführen. Ld. KVD Denker weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass die vertraglichen Regelungen bisher von allen Beteiligten, einschließlich der Landesschulbehörde seit mehr als vierzig Jahren mitgetragen worden seien. Als weitere Frage sei die grundsätzliche Finanzierung der Schule einschließlich evtl. Baumaßnahmen zu klären. Voraussetzung hierfür sei eine detaillierte Bedarfsanalyse durchzuführen. Mit den Gemeinden sei nach Vorlage der Analyse eine Bewertung vorzunehmen und zu besprechen, wie ein zukünftiges Finanzierungsmodell aussehen könnte. Es gelte diese Herausforderung, die auf den Landkreis und die Gemeinden zukommen werde, gemeinsam und solidarisch zu bewältigen. Aufgrund des voraussichtlichen Investitionsvolumens in zweistelliger Millionenhöhe habe die Verwaltung frühzeitig den Ausschuss auf diese Situation hinweisen wollen.

KA Stolle bedankt sich für die Ausführungen und bekräftigt die Bedarfsfrage unter Beteiligung eines Dritten beurteilen zu lassen. Bei der Durchsicht der Beratungsvorlage sei ihr aufgefallen, dass die jetzigen Anmeldezahlen stark gestiegen seien. Im Vorgespräch innerhalb der Fraktion sei die Idee aufgekommen, dass es für den Ausschuss interessant sei, diese Schule zu besuchen und dort eine Sitzung abzuhalten, um sich vor Ort ein Bild über die Gegebenheiten zu machen. Sie bittet darum, diesen Wunsch für die nächste Sitzung aufzunehmen.

Ld. KVD Denker teilt mit, dass dies für die nächste Sitzung aufgenommen werde und aus seiner Sicht dem Wunsch, vorbehaltlich der Zustimmung der Schulleitung, nichts entgegenstehe.

KA Wiechert bewertet den Vorschlag positiv, sich vor Ort ein Bild von den notwendigen Maßnahmen an der Schule zu machen. Sie ist der Auffassung, dass die Schule, wie es auch die Anmeldezahlen widerspiegeln, auf jeden Fall bestehen bleiben sollte. Man müsse bei einem sehr hohen Investitionsvolumen auch alternativ über einen evtl. Neubau nachdenken. Sie fragt nach, ob bei einer Übernahme der Schulträgerschaft durch den Landkreis, die Frage der Finanzierung der Schule im Nachgang mit den Gemeinden verhandelt werde und ob die Gemeinden dadurch besser oder schlechter dargestellt seien.

Ld. KVD Denker erläutert, dass mit einer etwaigen Übernahme der Schulträgerschaft durch den Landkreis Ammerland die bestehenden Finanzbeziehungen zwi-

schen dem Landkreis und den Gemeinden neu zu bewerten wären. Mit Blick auf die Gesamtfinanzierung könnte sich dies auch auf die Kreisumlage auswirken.

KA von Essen fragt nach, wie es um die Schule „An der Goethestraße“ in Westerstede und der Schule „Am Voßbarg“ in Rastede stehe und ob diese beiden Schulen in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten ebenfalls eine Rolle gespielt hätten sowie in der Arbeitsgruppe mit in der Betrachtung seien. Diese beiden Schulen seien in der Vorlage etwas in den Hintergrund gerückt. Die Förderschule „Lernen“ würde auslaufen und man müsse sich die Frage stellen, was mit ihnen passieren solle. Möglicherweise könne dies auch Auswirkungen auf Edewecht haben. KA von Essen fragt nach, ob es hierzu bereits Überlegungen gebe und bereits mit den Schulleitungen gesprochen wurde.

Ltd. KVD Denker berichtet, dass mit den Schulleitungen bisher nicht gesprochen wurde, aber die Gemeinden eingebunden seien. Der Bereich der Förderschule „L“ in der Astrid-Lindgren-Schule habe eine befristete Betriebserlaubnis und es sei bekannt, dass schulpolitisch Inklusion das Thema sei. Ob es in Zukunft eine Verlängerung der Genehmigung Betriebserlaubnis „L“ gebe, sei nicht abschätzbar. Somit könne auch die Frage nach zusätzlichem Raumbedarf nicht vollumfänglich beantwortet werden und mache weitere Entscheidungen schwierig. Mit Blick auf die vorhandenen Schulen sei dies allerdings nicht relevant, da sich das Finanzierungsmodell auf die Förderschule „G“ beziehe. Die Förderschulen „L“ betreiben die Gemeinden in eigener Schulträgerschaft.

KA von Essen erkundigt sich im Weiteren, was z.B. mit den vorhandenen Lehrkräften und den Schulgebäuden passiere, wenn die Förderschule „L“ auslaufe und ob es möglich sei, auch andere Schulen zur Förderschule „G“ zu entwickeln. Dies bedürfe sicherlich personeller Veränderungen aber damit hätte man im Zweifel die Möglichkeit die Investitionen in Edewecht, Westerstede und Rastede anders zu verteilen und die Schwerpunkte an den Schulen neu zu setzen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es sicherlich richtig, sich auf Edewecht zu fokussieren. Er gibt der Arbeitsgruppe aber mit auf den Weg, die Zukunft der anderen beiden Standorte mit im Blick zu nehmen.

Ltd. KVD Denker antwortet, dass er dies gerne als Fragestellung mit aufnehmen werde. Er gibt aber zu Bedenken, dass eine Genehmigung notwendig sei und erinnert an die derzeitige gesetzliche Regelung zur Schulträgerschaft. Ob jede Gemeinde für das Fördergebiet „G“ eine Erlaubnis bekomme sei fraglich, darüber entscheide aber letztlich die Landesschulbehörde. Im Weiteren gibt Ltd. KVD Denker zu bedenken, dass sich über viele Jahre eine enorme Fachkompetenz in Edewecht aufgebaut habe und es sich auch aus ökonomischer Sicht rechne, eine Gemeinschaftsschule an einem Standort zu betreiben.

KA Lamers ist der Auffassung, dass sich an den steigenden Schülerzahlen zeige, dass der Bedarf vorhanden sei. Sicherlich würden auch einige Eltern durch den Wegfall der Förderschule „L“ die Anmeldung an einer Regelschule umgehen und ihre Kinder an der Astrid-Lindgren-Schule für den „G“ Bereich anmelden und somit die hohe steigende Schülerzahl verursachen. Sie gehe davon aus, dass der Bedarf nach dem Auslaufen der Förderschule „L“ noch mehr steige. Die bestehenden Schulen in Westerstede und Rastede würden sicherlich versuchen neue Förderschwerpunkte o.ä. zu erhalten. KA Lamers fragt nach, ob der Ausschuss über die Ergebnisse des

Arbeitskreises in Kenntnis gesetzt werde und wie die weitere Planung aussehe. Sie würde es begrüßen, wenn dies ein offenes und transparentes Verfahren werde, da es alle Ammerländer Kommunen betreffe. Es würden gute Gründe dafür sprechen, dass an einer Schule alles gebündelt werde.

Ltd. KVD Denker versichert, dass es Ziel sei, den Ausschuss laufend zu informieren. Aus diesem Grund habe man diese Vorlage erstellt, um den Ausschuss über den aktuellen Stand frühzeitig in Kenntnis zu setzen. Die Zeitplanung sehe so vor, dass zunächst die Klärung der Schulträgerschaft im Vordergrund stehe und hierzu ein Termin mit der Landesschulbehörde zu vereinbaren sei. Im Anschluss daran sei im ersten Halbjahr 2022 die Bedarfsermittlung vorzunehmen.

KA Bruns erkundigt sich in Bezug auf den genannten zweistelligen Millionenbetrag, ob dieser sich im Rahmen von 10-20 Millionen bewege und merkt hierzu an, dass man bereits für 10 Millionen Euro eine neue Schulen bauen könne.

Ltd. KVD Denker antwortet, dass dies nach Angabe der Gemeinde Edewecht der voraussichtliche Rahmen der Investitionen sei. Sofern ein Umbau im Bestand nicht möglich sein sollte, müsse auch über einen Neubau nachgedacht werden.

KA Lukoschus dankt für die umfangreichen Informationen. Er nimmt Bezug auf die Ausführungen von KA von Essen. Der Austausch zwischen den einzelnen Schulleitungen der Förderschulen funktioniere seiner Information nach sehr gut und er halte es für wichtig, die Schulleiter mit in die Beratungen und Planungen einzubeziehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12 Schulentwicklung BBS Ammerland - Raumbedarf Trakt 8
Vorlage: MV/103/2021

Ltd. KVD Denker verweist auf die Vorlage. Bereits in der letzten Wahlperiode hätten sich die Gremien beschäftigt und es wurden 100.000 € für die Überplanung der Metallwerkstätten durch einen Architekten auf der Grundlage einer Planung der Jade Hochschule bewilligt. Zwischenzeitlich wurde der Vorschlag der Jade Hochschule baufachlich im Hause überprüft und nicht alles sei aus statischer Sicht umsetzbar. Im Weiteren habe sich das Anforderungsprofil der Schule verändert. Hierzu verweist er auf das anliegende Kurzkonzept der Schule. Man sei zu dem Entschluss gelangt, dass es einer grundsätzlichen schulfachlichen genaueren Betrachtung bedürfe. Hierzu müsse man sich die Entwicklung der Schule genauer ansehen, um in der Folge auch die baulichen Maßnahmen in Art und Umfang abzuschätzen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 13 Haushaltsplanung 2022; Darstellung der wesentlichen Produkte
Vorlage: MV/094/2021

EKR Kappelmann führt hierzu aus, dass der Haushalt des Landreises Ammerland aus weit über 100 Einzelprodukten bestehe, welche in dem Produktband aufgelistet

seien und der im weiteren Verlauf der Haushaltsplanung noch zur Verfügung gestellt werde. Um eine bessere Übersicht zu erhalten, habe der vorherige Kreistag aus dieser Vielzahl von Produkten knapp 30 sogenannte "Wesentliche Produkte" ausgewählt. Hierbei seien als Kriterien vor allem bestehende eigenen Ermessens- und Handlungsspielräume sowie finanzielle Auswirkung auf den Kreishaushalt zu Grunde gelegt worden. Diese Produkte seien dann den einzelnen Fachausschüssen zugeordnet worden. Im Zuge der Haushaltsplanung werde jeweils eine Aufstellung zu den wesentlichen Produkten vorgelegt, um in möglichst komprimierter und kompakter Zusammenfassung diese inhaltlich darzustellen.

Dem Schulausschuss seien als zwei "Wesentliche Produkte" die Bereiche Schulwesen und Schülerbeförderung zugeordnet worden. Hierzu verweist EKR Kappelmann auf die Vorlage. Auf den Seiten 33 und 34 seien in komprimierter Form die Wesentlichen Produkte in Bezug auf ihren Inhalt genauer erläutert. Im Bereich des Schulwesens sei, wie von Frau Eberlei und Herrn Robke berichtet, die Schülerzahlen auf einem beständig hohen Niveau und entgegen den Erwartungen sei kein Rückgang der Schülerzahlen im Rahmen der demografischen Entwicklung eingetreten. Demzufolge habe man über die Jahre nicht nur die regulären laufenden Aufwendungen zu tragen gehabt, sondern auch in die Räumlichkeiten investiert.

EKR Kappelmann verweist in Bezug auf die Schülerbeförderung auf die Seite 33 der Vorlage und weist darauf hin, dass im nächsten Jahr das Jugendticket eingeführt werden solle. Dadurch würden sich ggfs. bei den Schülerbeförderungskosten Änderungen ergeben. Im Moment sei es so, dass mit den Unternehmen über Schüler-sammeltickets abgerechnet werde und dies werde sich mit Einführung des Jugendtickets verändern. Welchen Umfang dies annehmen werde, sei noch nicht absehbar. Im Moment rechne man einen höheren ÖPNV Zuschuss von rund 200.000 €.

KA Bruns fragt in Bezug auf das neue Schülerticket für die Jahrgänge 10 – 13, ob dieses günstiger als die bisherigen Sammeltickets seien.

Ltd. KVD Denker antwortet, dass es auf den Einzelfall ankomme. Im Grundsatz könne diese Frage aber bejaht werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 14 BBS Ammerland - Haushalt 2022
Vorlage: BV/143/2021

KAR Miotk verweist auf die Vorlage und führt hierzu aus, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt explizit um den laufenden Schulbedarf gehe. Für das kommende Haushaltsjahr habe man eine leichte Erhöhung um 34.300 € eingeplant. Dies liege vor allem daran, dass auch im schulischen Bereich die Einkaufspreise für die benötigten Materialien gestiegen seien und sich die Aufwendungen im Bereich der Digitalisierung mit Blick auf die steigenden Schülerzahlen erhöht haben. In Bezug auf die Investitionen stellt KAR Miotk anhand der Vorlage die vorgesehenen Maßnahmen vor. Im Bereich des „DigitalPakt“ seien für zwei weitere Maßnahmen Fördermittel beantragt.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird über den Haushalts- und Personalausschuss und über den Kreisausschuss vorgeschlagen, den Haushalt 2022 für den Bereich der Berufsbildenden Schulen Ammerland in der vorgelegten Form zu beschließen.

Zu TOP 15 Sonstiges Schulwesen - Haushalt 2022
Vorlage: BV/142/2021

KAR Miotk verweist auf die Vorlage und stellt die einzelnen Bereiche des Schulwesens vor und erläutert diese. Hierbei weist sie darauf hin, dass unter Punkt e) auf Top 13 verwiesen wird und nicht wie in der Vorlage angegeben auf Punkt 12.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird über den Haushalts- und Personalausschuss und über den Kreisausschuss vorgeschlagen, den Haushalt 2022 für den Bereich der Berufsbildenden Schulen Ammerland in der vorgelegten Form zu beschließen.

Zu TOP 16 Mitteilungen der Landrätin

Landrätin Harms teilt mit, dass sie sich freue, auch an diesem Ausschuss das erste Mal teilzunehmen, es weiter keine Mitteilungen gebe.

Zu TOP 17 Anfragen und Hinweise

Keine Hinweise.

Zu TOP 18 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 19 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Nee schließt die öffentliche Sitzung.